

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Telgte

Haushaltsrede 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
geehrte Damen und Herren des Rates,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie Vertreter der Presse

reden wir hier und heute also über das liebe Geld. Das gehört in eine Haushaltsrede.

Und wir können über Rekorde sprechen, so überraschend dies auch auf den ersten Blick erscheinen mag.

Denn Rekorde gibt es zu vermelden. Sie alle werden es vor wenigen Wochen in den Medien gehört und gelesen haben: Bund, Länder und Gemeinden haben in 2014 mehr Steuern eingenommen als jemals zuvor.

Die Summe von 644 Milliarden Euro Steuereinnahmen über alle Arten von Steuern wurde genannt, eine Zahl die das Vorstellungsvermögen der meisten Zeitgenossen überschreiten dürfte. Diese Zahl wird begreifbarer, wenn wir sie ins Verhältnis zu den 81 Millionen Bundesbürgern setzen.

Dann wird klar: jeder Bundesbürger, vom Säugling bis zum Greis, vom Hartz IV Empfänger bis zum Spitzenverdiener leistete im Jahr 2014 rein rechnerisch einen durchschnittlichen Beitrag von knapp 8000 Euro an Steuerzahlungen, um diese Rekordeinnahme zu ermöglichen.

Und da Telgte eine Stadt der Mitte ist, können wir annehmen dass die Bürger unserer Stadt einen entsprechenden Beitrag geleistet haben. Dies bedeutet: im Stadtgebiet ist auf alle Steuerarten bezogen eine Summe in Höhe von 156 Millionen Euro eingesammelt worden.

Man kann sagen: Die Öffentliche Hand hat in der Summe kein Einnahmenproblem, nein ganz sicher nicht. Die genannten Zahlen belegen es deutlich.

Es besteht ein Ausgabenproblem auf allen Ebenen: beim Bund, beim Land und den Kommunen. Auch in unserer Stadt Telgte.

Behalten Sie bitte diese Zahlen im Gedächtnis, ich werde später erneut darauf zu sprechen kommen.

Aber zunächst zu den lokalen Themen, die uns im abgelaufenen Jahr 2014 bewegt haben und die für das laufende Jahr auf dem Aufgabenzettel stehen:

2014 war politisch ein kurzes Jahr. Denn die Kommunalwahl im Mai hat zumindest in der ersten Jahreshälfte die Akteure zeitlich erheblich in Beschlag genommen.

Dennoch sind für das abgelaufene Jahr 2014 wichtige Bereiche zu nennen.

Die Bauarbeiten am Feuerwehrgerätehaus an der Alverskirchener Str. sind zügig vorangekommen. Für die Sicherheit der Telgter Bürger ein großer Zugewinn und für die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr das absehbare Ende einer langen Geduldsprobe. Mit den veranschlagten Kosten von 5,2 Mio. Euro nur für das Gebäude ist dies aber auch die teuerste Investition der Stadt. Die Nebenkosten für Kleinspielfeld, Ampelanlage, Geh- und Radwegausbau, Spielplatzverlegung etc. schlagen mit einer Million Euro Zusatzkosten zu Buche. Die Gesamtkosten des Feuerwehrgerätehauses erreichen so stolze 6,2 Mio. Euro.

Hinzu kommen noch die Beschaffungsinvestitionen der Fahrzeuge für die Feuerwehr. Damit hat die Stadt wirklich beste Voraussetzungen geschaffen, dass die Kameraden der Feuerwehr gute Bedingungen für ihre hoch zu schätzende ehrenamtliche Tätigkeit vorfinden können. Die Einrichtung einer Planstelle für die administrativen Aufgaben der Wehr runden die Bemühungen der Stadt um einen optimalen Brand- und Katastrophenschutz ab. Der Firma Winkhaus ist auch an dieser Stelle ausdrücklich zu danken für die Bereitschaft, ein Löschfahrzeug im Betriebsgelände zu stationieren und die Kameraden insbesondere im Tagesbereich für diese Aufgabe freizustellen. Die Verbesserungen der Schutzzielerreichung im Jahr 2014 hängen deutlich hiermit zusammen, wie uns Stadtbrandmeister Alfons Huesmannerläutert hat.

Einen neuen Standort im Norden der Stadt werden wir planerisch ins Auge fassen, wenn sich belastbare Erfahrungen mit dem Neubau an der

Alverskirchener Str. eingestellt haben. Bis dahin wird das Gebäude an der Ritterstrasse, trotz aller Unzulänglichkeiten, die uns allen bekannt sind, diese Funktion als Nordstandort noch eine Weile erfüllen müssen.

Der Platz an der Ecke Einener/Ostbeverner Straße bietet keine geeigneten Voraussetzungen für diesen Nordstandort. Die rechtlichen Unsicherheiten sind das Eine. Unsere Fraktion ist der teuren Streitigkeiten Stadt gegen die eigenen Bürger vor Gericht überdrüssig. Es reicht! Auch die unsichere Kostensituation dieses Areals gebietet Abstand. Von der Altlastenproblematik über den Lärmschutz hin zur Anbindung des Standortes an die Straße, unkalkulierbare Kostenrisiken wohin man schaut. Die bisher schon erfolgten Ausgaben in Höhe von 125.000 € sind wohl als verloren zu betrachten. Zu keiner Zeit hat die CDU der Verwaltung einen Blankoscheck ausgestellt, das Thema ohne Rücksicht auf die Kosten zu betreiben.

Wir bitten die Kameraden der Wehr hier ausdrücklich um Verständnis.

Am Orkotten hat es viel Bewegung gegeben. Der Straßenausbau dort hat die Sicherheit und den Komfort für Radfahrer und Fußgänger verbessert. Erfreulicherweise konnten vierzig Prozent der Gesamtkosten aus Zuschüssen bezahlt werden.

Weniger erfreulich verlief die Entwicklung des Einzelhandels in diesem Bereich. Die mit großer politischer Mehrheit gefassten Beschlüsse konnten nicht umgesetzt werden. Das Verwaltungsgericht Münster bescheinigte dem Bürgermeister und der Verwaltung massive rechtliche Fehleinschätzungen. Als Konsequenz sehen wir eine fast ungebremste Entwicklung von Einzelhandelsflächen, deren Auswirkungen auf Handel und Wandel im Altstadtbereich noch nicht absehbar ist. Die juristische Auseinandersetzung ließ auch den Gesprächsfaden zwischen der Verwaltung und den Eigentümern im Orkotten einschlafen und trug so erheblich dazu bei, dass im Orkotten jetzt schmucklose Zweckbauten ohne jeden architektonischen Anspruch entstanden sind.

Die Enttäuschung über die Qualität der juristischen Beratung im Orkotten ist durch die Politik hier im Saal hinlänglich zum Ausdruck gebracht worden. Das Vertrauen in das von der Stadt zur Verfügung gestellte „Expertenwissen“ hat auch an dieser Stelle mehr als nur eine Delle bekommen. Die vollständigen Kosten des Rechtsstreites sind vom Bürgermeister trotz Nachfrage aus der Politik bisher nicht genannt worden.

Die großen Parkplatzflächen ohne Baum oder Strauch tragen auch nicht zur Verschönerung des Gesamtbildes bei. Zu Recht sind sie als Steinwüsten charakterisiert worden. Früher gab es hier im Rat eine Partei, die sich vorbildlich für Erhalt und Pflege von Grün aller Art einsetzte. Eigentlich schade, dass diese Partei nicht mehr existiert.

Mit welchem geringem Aufwand wären hier deutliche Verbesserungen möglich gewesen. Und unser Gestaltungsbeirat, ja, wo war eigentlich unser hochgeschätzter Gestaltungsbeirat?

Nur mühsam und mit großem zeitlichen Verzug kommen die Überlegungen zur Wohnbauentwicklung in Westbevern voran. Während in Telgte Süd-Ost die Konjunktur brummt und die Nachfrage nicht zu befriedigen ist, wird der Ortsteil Westbevern fast abgehängt. Ich darf daran erinnern, dass der Beschluss zur Suche nach Entwicklungsmöglichkeiten aus November 2013 stammt. Der Krink in Westbevern engagiert sich mit der Dorfwerkstatt sicher in vorbildlicher Weise für das Dorf, kann aber die stiefmütterliche Behandlung des Ortsteiles im Rathaus nicht ausgleichen. Wir fordern den Bürgermeister auf, den Fuß von der Bremse zu nehmen und hier die Dinge voranzubringen.

Auch die Wohnbauentwicklung in Telgte muss entschiedener betrieben werden. Der vierte Bauabschnitt Telgte Süd-Ost darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Überlegungen für das Telgter Stadtgebiet zur weiteren Wohnbauentwicklung müssen in 2015 in Angriff genommen werden.

Asylbewerber und Flüchtlinge stellen die Stadt vor besondere Herausforderungen. Die gute Nachricht ist: Telgte lebt eine vorbildliche Willkommenskultur für diese Menschen. Mit dem Verein ZIB und vielen, vielen Helfern gibt es bei uns eine breite Unterstützung und Hilfestellung für diese Menschen. Die Allermeisten von ihnen kommen nicht zum Vergnügen hierher sondern aus großer persönlicher Not und Bedrängnis. Humanitäre Hilfe ist unsere Pflicht.

Die dezentrale Unterbringung im Stadtgebiet ist sinnvoll und richtig. Sie hilft, soziale Brennpunkte zu vermeiden und Integration zu erleichtern. Sinnvoll ist es für die Stadt auch, mit Hilfe eines Investorenmodelles für eine Grundversorgung an verfügbarem Wohnraum auf mittlere und lange Sicht zu

sorgen. Kritisch darf hier angemerkt werden, dass sich die Verwaltung bei der Ausschreibung ausschließlich auf ein bestimmtes städtisches Grundstück beschränken möchte. Das ist aus unserer Sicht nicht zielführend. Unsere Forderung lautet: Öffnung dieser Ausschreibung auch für solche Gebäude auf Grundstücken, die sich in privatem Eigentum befinden. Damit wird das Potential vergrößert, zu guten und auch schneller umsetzbaren Lösungen zu kommen.

Die schlechte Nachricht in diesem Zusammenhang: die gesellschaftliche Aufgabe der Aufnahme dieser Menschen geschieht überwiegend zu Lasten der kommunalen Haushalte. Bund und Länder entziehen sich über weite Strecken ihrer Verantwortung. Die Kommunen haben auf die gesetzlichen Vorgaben und Spielregeln keinen Einfluss, müssen aber für die Umsetzung aus ihrer Kasse zahlen. Eingefordert werden muss auch die Umsetzung geltenden Rechtes bei abgelehnten Asylanträgen, so bitter dies für Einzelschicksale auch sein mag.

Ein Rückblick auf die Bemühungen der Stadt zum Thema Klimaschutz soll hier nicht fehlen:

Telgte hat den EEA in Gold gewonnen, ein schöner Erfolg – könnte man meinen. Aber was ist tatsächlich im letzten Jahr bei uns passiert? Mit hohen Kosten wurde die Pelletheizung in der Marienschule realisiert. Die Wirtschaftlichkeit war und ist zweifelhaft, der teure Brennstoff Holzpellets durch den hohen Energieaufwand bei der Herstellung auch ökologisch nicht mehr als zweite Wahl. Die Windenergienutzung dümpelt vor sich hin. Von Biogasanlagen spricht niemand mehr, führen sie doch angeblich zu Maismonokulturen. Lediglich im Bereich der Photovoltaik gab es noch Zuwächse.

Aber halt, Telgte ist KWK-Modellkommune geworden. Mit einem reichen Fördersegen aus Düsseldorf wird zurzeit geplant, was das Zeug hält. Die tatsächlichen Umsetzungschancen dürften in einem entgegengesetzten Verhältnis zu diesen Planungsaufwendungen stehen. Die hohe effektive Energieausnutzung durch KWK ist ein alter Hut und lange bekannt. Die Umsetzung in größerem Maßstab scheitert an energierechtlichen Vorgaben und einer verkrusteten Planwirtschaft in diesem Bereich. Wer KWK ernsthaft will, muss hier den Hebel ansetzen. Alles andere ist Augenwischerei.

Das Vorgehen der Stadt kann man nur als halbherzig und wenig effektiv bezeichnen.

Unter diesen Vorzeichen darf man die prunkvolle Veranstaltung im Bürgerhaus zur Verleihung des EEA eher als eine Satire sehen, als einen Akt ausgiebiger Selbstbelobigung und Selbstbeweihräucherung. Und dann soll die Energieagentur NRW als Veranstalter hierfür 100.000 € Steuergeld ausgegeben haben. Ich wiederhole die Feststellung: Wir haben ein Ausgabenproblem.

Dem Hegering Telgte mit seinem Protest gegen das neue Jagdgesetz kommt der Verdienst zu, dass am Rande dieser Veranstaltung noch eine kleine Brücke zur Wirklichkeit geschlagen wurde. Den Akteuren dürfen wir hierfür dankbar sein.

Die Förderung der Stelle des Klimamanagers durch den Bund und die Stadtwerke ETO läuft Mitte 2016 aus. Die CDU-Fraktion hält eine Fortführung dieser Stelle nur aus städtischen Mitteln weder für sinnvoll noch für finanzierbar.

Gestatten Sie mir, zum Thema Schulentwicklung in unserer Stadt etwas weiter auszuholen. Dieser Bereich gehört zu den wichtigsten Zukunftshemen.

Die Zusammenlegung der Standorte Westbevern-Vadrup und Dorf war eine gute Entscheidung. Die Erweiterung der Schulgebäude im Dorf ist angemessen und sinnvoll. Die Grundschule in Westbevern wird damit dauerhaft gesichert.

Erfreulich sind auch die steigenden Grundschülerzahlen insgesamt, denn sie beschreiben die Zukunftsfähigkeit der Stadt. Diese Zahlen stimmen mit den Annahmen der Schulentwicklungsplanung und des Demografieprozesses nicht überein. Hier begründet sich ein weiteres Mal Skepsis gegenüber „Expertenwissen“.

Die weitere Entwicklung des Schulzentrums stellt uns vor große Herausforderungen. Haupt- und Realschule müssen geordnet ihre letzten Jahrgänge ausbilden können, die Sekundarschule muss in der Stadt ankommen und weiterentwickelt werden und das Gymnasium stetig seinen Weg gehen.

Die Stadt steht im Wort, ihren Beitrag zum Gelingen guter Schulbildung in Telgte zu leisten.

Das Büro Kleihues hat für die bauliche Entwicklung Pläne unterbreitet, die keine Wünsche offen lassen. Sie beschreiben eine optimale Lösung.

Offen bleibt die Frage der Finanzierung. Welche Standards kann und will die Stadt sich leisten? Die Kämmerin hat bereits zur Verabschiedung des Haushaltes 2014 die Zahlen zur nachhaltigen Investitionskraft der Stadt

vorgestellt. Unser Ansatz war es, die Planungen auf der Grundlage der nachhaltigen finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt voranzutreiben. Das ist leider nicht geschehen, sondern eher das Gegenteil. Waren seinerzeit geschätzte Kosten von ca. 10 Mio. Euro als unrealistisch hoch bewertet worden, liegen die Kostenschätzungen heute bei 14 Mio. Euro. Auch hier das Stichwort: Ausgabenproblem!

Ich darf an unsere Priorisierung aus 2014 erinnern: die vollwertige Renovierung der Klassenräume incl. Differenzierungsraum und Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln muss an erster Stelle stehen. Danach kommt die Pausenhalle und erst im Anschluss daran all die vielen schönen Skizzen und Pläne, die das Büro Kleihues vorgestellt hat. Die CDU bleibt konsequent bei dieser Linie.

Keinesfalls werden wir einer Lösung zustimmen, die im Wesentlichen von den heutigen Schülerinnen und Schülern bezahlt werden müssen.

Einige Sätze zur Gestaltung der Altstadt und zur Barrierefreiheit: Es ist im Kern eine freiwillige Leistung der Stadt. Erfreulich hohe Zuschüsse des Landes in Höhe von 70 Prozent für diese Planungen sind in Aussicht gestellt, das ist das eine, aber viele offene Fragen sind das andere: Ein objektiver dringender Reparaturbedarf des Bestandes ist nicht festzustellen. Leicht befahrbare und begehbare Flächen gibt es auch heute schon. Die ansässigen Gastronomen beanspruchen heute im Wesentlichen diesen Flächenanteil. Werden die neu hergestellten Flächen den Menschen mit Bewegungseinschränkungen zugutekommen, oder werden die Gastronomen ihre Flächen ausweiten? Welchen Anteil der Maßnahmen werden Stadtwerke und Abwasserbetrieb tragen? Sind die veranschlagten Planungs- und Ausführungskosten angemessen? Gibt es bei teilweiser grundhafter Erneuerung die Pflicht der Stadt, die Anlieger nach Kommunalabgabengesetz an den Kosten zu beteiligen? Auf viele offene Fragen gibt es noch keine Antworten.

Ich darf zum Ende meiner Rede kommen und die Brücke zum Anfang schlagen, dem Betrag von 156 Mio. Euro Steuerzahlungen der Telgter Bürger.

Unser Haushalt 2015 beschreibt Einnahmen von 30,4 Mio. € und Ausgaben von 32,8 Mio. €. Im Klartext: nicht einmal 20 % des Steuergeldes, das hier erhoben wird, steht der Stadt für die Erbringung ihrer vielfältigen Aufgaben zur Verfügung. Diese Verteilung von Aufgaben und Finanzmitteln passt nicht zueinander. Aber dies ist kein parteipolitisches Thema, sondern eine Frage der gerechten Verteilung von Aufgaben und dazugehörigen Geldmitteln

zwischen den Verwaltungsebenen von Bund, Ländern und Kommunen. Alle Fraktionen des Telgter Rates sind gefordert, über ihre Parteiorganisationen eine bessere Verteilungsgerechtigkeit einzufordern. Der Auftakt zu einer Kommunaldebatte im Bundestag, wie er von 53 Bürgermeistern und Kämmerern aus NRW vor wenigen Tagen angestoßen wurde, zeigt hier den richtigen Weg. Diese Dinge sind nicht vor Ort lösbar.

Mit den Veränderungen des HH-Planes 2015 im Finanzausschuss ist es gelungen, zukunftsweisende Investitionen auf den Weg zu bringen und die sehr umfangreichen freiwilligen Leistungen der Stadt zu erhalten.

Gerade diese werden von unseren Bürgern hoch geschätzt und machen das Leben in Telgte attraktiv und liebenswert.

Der Preis ist die fortgesetzte Eigenkapitalverringerung der Stadt, die aber – wesentlich durch Anträge der CDU - in ihrem Umfang so begrenzt werden konnte, dass ein Haushaltssicherungskonzept nicht notwendig wird. Und ich darf auf die Erkenntnisse aus der Haushaltssperre vom April 2014 und den Folgemonaten verweisen: Sie zeigten uns Reserven und Sparpotentiale an Stellen auf, die niemand vorher vermutet hatte. Eine kostenbewusste Verwaltungsführung bleibt eine Daueraufgabe.

Vor diesem Hintergrund gibt es keine Veranlassung, den vom Bürgermeister geplanten Erhöhungen der Grundsteuersätze zuzustimmen.

Ich wiederhole mich: wir haben kein Einnahmenproblem, die andere Seite ist das Problem, die zunehmenden Ausgaben.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen.

Zum Schluss meiner Ausführungen darf ich mich bei den Mitarbeitern der Kämmererei, insbesondere bei Anja Schlenker für die Unterstützung bei unserer Klausurtagung, bedanken. Danke aber auch an Frau Schnur, Herrn Riddermann und Herrn Ginski für viele Informationen und stetige Gesprächsbereitschaft.

Uns ist bewusst, dass sie es nicht immer leicht mit uns haben.

Und bei ihnen hier im Saal bedanke ich mich für ihre Aufmerksamkeit.

Christoph Boge